

Nikolaus Dimmel

No Citizens, No Politics, No Vote?

Ausgangspunkt

Es lässt sich füglich darüber streiten, ob nicht nur die Institution der politischen Partei, die schrittweise von hybriden Bewegungen¹ abgelöst wird, nicht nur das Fundament der auf Staatsfunktionen zentrierten *Montesquieu'schen* Gewaltenteilung, welches von der vierten Gewalt der Medien² sowie der fünften Gewalt des Lobbying überlagert wird³, sondern auch das Format der repräsentativen Demokratie, welches auf Wahlen beruht, unbrauchbar bzw. dysfunktional für die politische Vermittlung von Interessen geworden sind. *Alfred J. Noll*, mit dem mich 50 Jahre Debatte verbinden⁴, ist nicht nur ein brillianter Analyst der Polity und Politics⁵, einer der wohl inspirierendsten und kompetentesten Parlamentarier der zweiten Republik, sondern auch ein ungemein belesener Theoretiker der Fundamente der bürgerlichen Gesellschaft⁶. Teil dieses Fundaments ist ein Legitimationsmechanismus bürgerlicher Herrschaft, der, folgt man *Max Weber's* Herrschaftsbegriff, auf Wahlen beruht, getragen von einem allgemeinen, freien und gleichen Wahlrecht, welche den Souverän in ein Repräsentationsverhältnis zum Parlament

setzen, dessen Abgeordnete eben dieses Volk repräsentieren (sollen).

Nun käme es ebenso einem ‚Eulen nach Athen‘ Tra-gen wie einer Sisyphus-Arbeit gleich, an dieser Stelle ausbreiten zu wollen, wie verzweigt das Schrifttum zur Krise der Demokratie nach der Jahrtausend-wende zwischenzeitig angelegt ist. Vereinfacht darge-stellt finden sich zum einen Positionen, die ein Ende der Demokratie, mal durch künstliche Intelligenz⁷, mal durch die globale Klima- und Migrationskrise⁸, mal aufgrund der biochemischen Funktionsweise des Stammshirns⁹, mal durch die Entstehung einer finanzkapitalistischen Plutokratie¹⁰ nahen sehen. Andere erkennen im Lichte *Angela Merkel's* Postulat einer „marktkonformen Demokratie“ einen Strukturwandel der Demokratie, einen Strukturwandel der parlamentarischen Öffentlichkeit¹¹ sowie einen digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit¹². Andere wiederum halten die Rede von einer Krise der Demokratie für alarmistisch¹³ und die Verlage-rung regulativer Kompetenzen hin zur Exekutive für eine unausweichliche Reaktion auf die zunehmende Komplexität politischer Interventionsfelder¹⁴. Im Lichte der Vielfachkrise, die auch eine Krise der Poli-

¹ *Siri*, Von der Partei zur Bewegung ? Stand und Perspektiven einer politischen Vergesellschaftungsform, APuZ 2018, Nr 46 – 47, 27 ff. <http://www.eu-infothek.com/bewegungen-statt-parteien-etikettenschwindel-oder-politische-zeitenwende/>.

² *Mückenberger*, Zeiten der Politik und Zeiten der Medien, APuZ 2014, Nr 22 – 23, 3 ff.

³ *Adamek/Otto*, Der gekaufte Staat: Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben (2009).

⁴ Weshalb dem vorliegenden Beitrag die eine oder andere summarische Darstellung nachgesehen sei, der Jubilar kennt den Rest.

⁵ *Noll*, Verfassungsgebung und Verfassungsgerichtsbarkeit (1994); *Noll*, Die Verfassung der Republik (1997).

⁶ *Noll*, John Locke und das Eigentum (2016); *Noll*, Absolute Mäßigung. Montesquieu und sein L'esprit des loix (2018); https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_J._Noll.

⁷ *Hofstetter*, Das Ende der Demokratie: Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt (2016).

⁸ *Chosal*, The End of Democracy (2017).

⁹ *Rosenberg*, Deliberation, Participation and Democracy: Can the People Govern? (2007).

¹⁰ *Cowen*, Plutocracy and Democracy. How Money Corrupts Our Politics and Culture (2012).

¹¹ *Marschall*, Strukturwandel der parlamentarischen Öffentlichkeit, Zeitschrift für Politik 2003, Nr 4, 423 ff.

¹² *Sutter*, Mediendifferenzierung und der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit, in: Binder/Ölkers (Hrsg), Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit (2017) 31 ff.

¹³ *Merkel*, Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff, APuZ 2016, Nr 40 – 42, 4 ff.

¹⁴ *Wöhl*, Demokratie in Zeiten multipler Krisen, APuZ 2016, Nr 40 – 42, 42 ff.

tik ist¹⁵ wird die Frage gestellt, ob in Parlament und Regierung tatsächlich noch BürgerInnen repräsentiert sind¹⁶, ob die Politik die Ökonomie beherrscht oder umgekehrt¹⁷ und ob die Stimmabgabe bei Wahlen das staatliche Handeln überhaupt beeinflusst. Angesichts der epischen Breite der Befunde ist ein kritisches Nachdenken über Sinn, Form und Wirkung von Wahlen gut beraten, bei *Wolfgang Abendroth's*¹⁸ Analyse festzumachen, wonach der bürgerlich-demokratische Staat die vermittelnde Herrschaft einer sozialen Klasse verkörpert, wobei die Demokratie nicht auf die politischen Methoden zur Stabilisierung einer Herrschaftsordnung, sondern auf den sozialen Inhalt, nämlich die Aufrechterhaltung der Eigentumsordnung fixiert bleibt. Demokratie ist daher, so *Abendroth*, eine vordergründig durch Konsens legitimierte Diktatur zur Aufrechterhaltung des Privateigentums, wobei sich Form und Funktion des Privateigentums verändern, etwa vom Industrie- zum Monopol- zum Finanzkapital. Das gilt auch für alle politischen Rechte: die praktische Nutzenanwendung des Wahlrechts ist die Ausgestaltung gesellschaftlicher und ökonomischer Beziehungen, so lange Form und Funktion des Privateigentums als „Angel der bürgerlichen Gesellschaft“ gewahrt bleiben. Aus diesem Blickwinkel macht *Emma Goldman's* Zitat „If voting changed anything they would make it illegal“ Sinn¹⁹. Doch ökonomische Macht übersetzt sich nicht unvermittelt in politische Herrschaft. Denn Wahlen finden innerhalb einer komplexen „societa politica“ statt, deren Funktion die Organisation des jeweiligen Akkumulationsregimes der Kapitalverwertung im Rahmen einer je umstrittenen Regulationsweise ist. So soll die Vision einer Wissensgesellschaft einmal mittels einer „investiven Sozial- und Bildungspolitik“, ein ander Mal über Markt- und Wettbewerbsinstrumente realisiert werden. *Joachim Hirsch*²⁰ hat überdies herausgehoben, dass die ökonomisch herrschende Klasse nicht unmittelbar politisch herrschen kann, sondern ihre Herrschaft sich erst mittels einer von den Klassen relativ getrennten Instanz, des Staates, realisieren kann, der nicht nur ein Interesse an sich selbst verfolgt²¹ sondern der Herrschaft des Gesetzes²² verpflichtet ist. Dies verschafft der „societa politica“ gegenüber der „societa civile“, in

¹⁵ *Demirovic*, Ökonomische Krise – Krise der Politik?, in: *Demirovic et al* (Hrsg), *Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus* (2011) 63 ff.

¹⁶ *Rosanvallon*, *Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens* (2017).

¹⁷ *Bischoff*, *Die Herrschaft der Finanzmärkte* (2012).

¹⁸ *Abendroth*, *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* (1965).

¹⁹ *Goldman*, *Anarchismus und andere Essays* (2013).

²⁰ *Hirsch*, *Materialistische Staatstheorie* (2005) 82 ff.

²¹ *Offe*, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* (2006).

²² *Neumann*, *Die Herrschaft des Gesetzes* (1980).

der es um Macht und Ressourcenverteilung geht, eine relative Selbständigkeit²³. In dieser Perspektive muss auch die Hegemonie neoliberaler Politikmuster, die ua auf Strategien der Ökonomisierung, Verwettbewerblichung, Vermarktlichung und Privatisierung, kurz: der Durchkapitalisierung aller gesellschaftlichen Handlungsformen, als politisches und damit gestaltbares Phänomen verstanden werden. Letztlich war/ist der Neoliberalismus ein politisches Projekt, welches die Kapitalverwertungsbedingungen zugunsten der Vermögenden verbessert hat²⁴.

Als politisches Projekt setzt dies in einem repräsentativen System Akzeptanz und Affirmation, also elektorale Zustimmung voraus. Jegliche Hegemonie, also Vorherrschaft, die sich in einem kollektiven Sentiment der Alternativlosigkeit der vorgefundenen Gesellschaftsformation ausdrückt, erfordert, so *Eagleton*²⁵, politisch produzierte Zustimmung. Allerdings basiert diese Hegemonie auf fragilen Kompromissen zwischen historischen Blöcken, da der ökonomische Strukturwandel, nämlich die zyklischen Krisen sowie finanzialisierungsbedingten Spekulationskrisen des Kapitalismus, die Grundlage jener Kompromisse fortwährend zersetzt²⁶.

Wie politisch reguliert wird ist Gegenstand von Auseinandersetzungen um die institutionellen Bedingungen der Austragung von Interessenkonflikten (Polity), um als Herrschaftspraxis durchsetzbare Interessen und Machtpositionen, also rechtliche Rahmensetzungen, die wie Pflöcke in den Boden des sozialen Terrains geschlagen werden (Policies), um den Prozess der Politikproduktion (Politics), aber auch um die Erkennbarkeit von Interessen. Dabei muss jede Gruppe, die nach der Herrschaft in der kapitalistischen Gesellschaft strebt, bereit sein, Abstriche bei ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen zu machen. *Laclau/Mouffe*²⁷ haben gezeigt, dass politisch auch nur relativ stabile Formen kapitalistischer Herrschaftssysteme auf einem gesellschaftlichen Konsens basieren, der durch Hegemonieapparate – zu denen etwa Bildungssysteme, Interessen- und Wohlfahrtsverbände oder konfessionelle Vereine (Kirchen) zu zählen sind – sowie politische Parteien innerhalb des Formats der repräsentativen Demokratie erzeugt wird. Erst beides zusammen ermöglicht staatliches Handeln, so *Gramsci*²⁸.

Beide, nämlich Zivilgesellschaft und das politische System selbst, unterliegen zugleich regulatorischen

²³ *Jessop*, *The Capitalist State* (1982).

²⁴ *Harvey*, *A Brief History of Neoliberalism* (2007).

²⁵ *Eagleton*, *Ideologie* (2000) 137 ff.

²⁶ *Hirsch*, *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen* (2002) 54 ff.

²⁷ *Laclau/Mouffe*, *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics* (1985).

²⁸ *Gramsci*, *Gefängnishefte*, Bd 5, Heft 10, § 15, 1267 (2012).

(legislativen) Zugriffen, wobei die Akteure im politischen System weitgehend gegenüber dem Souverän immunisiert ihren sozialökonomischen Status, ihre Verfahrensordnungen, den Modus der Präsentation und Interessendurchsetzung selbst festlegen. Diese „Parteiherrschaft“²⁹ ist nicht erst seit den Spekulationskrisen 2002 und 2008 nicht nur Anlass vielfältiger, demokratietheoretisch fundierter Kritik³⁰ an einer die Volkssouveränität zerstörenden Parteiemacht³¹, sondern auch Triebfeder der Wahlenthaltung³² sowie eskapistisch-rechtsextremen Wahlverhaltens³³. Indes werden auch zivilgesellschaftliche Hegemonieapparate, von *Althusser*³⁴ auch „ideologische Staatsapparate“ genannt, politisch, etwa mittels des Vereins-, Steuer- oder Förderungsrechts reguliert, wobei der jeweilige Handlungsrahmen der Akteure der „societa politica“ davon abhängt, ob und wie sich die herrschende Gruppe mit den allgemeinen Interessen der untergeordneten Gruppen abstimmt, aber auch, ob und wie die Fraktionen der politischen Dienstklasse konsensfähig sind. Denn auch jene Repräsentanten der politischen Dienstklasse, welche die Interessen der dominanten Klasse/Klassenfraktion vertreten, müssen, so lange keine totalitäre oder autoritäre Regierungsoption verfügbar ist, mit einer Vielzahl von politischen Kräften den Kompromiss suchen und ggf Allianzen bilden. Erst eine Machtkonstellation, in der subordinierte Interessen, genauer: die Gruppen der Subalternen, keine wirksame politische oder zivilgesellschaftliche „countervailing power“ mehr vermittelt über Wahlen oder soziale Bewegungen entwickeln können, erlaubt den „Bewegungskrieg“, in dem Arbeitsrechte, soziale Sicherungsansprüche, die Freiheit von Forschung und Lehre an Universitäten substantiell beseitigt, hingegen notstandsrechtliche Kompetenzen sowie grundrechtlich entsicherte Kontroll-, Polizei- und Überwachungsbefugnisse entfaltet werden. Im „Stellungskrieg“ hingegen müssen Allianzen als „historischer Block“ gebildet werden, in der die Hegemonie einer dominanten Klasse mittels der Verknüpfung

²⁹ *Apel*, Die Deformierte Demokratie: Parteiherrschaft in Deutschland (1991).

³⁰ *Lehnert*, Parteiherrschaft – und kein Ende (2017); <https://sezession.de/59653/parteiherrschaft-und-kein-ende>.

³¹ *Arnim*, Die Hebel der Macht und wer sie bedient. Parteiherrschaft statt Volkssouveränität (2017).

³² *Kahrs*, Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte (2012); https://www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/Studien/Studien_Abschied.pdf.

³³ *Bauer*, Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa (2018); http://www.politikberatung.or.at/fileadmin/studien/rechtspopulismus/Rechte_Parteien_2018.pdf.

³⁴ *Althusser*, Ideologie und ideologische Staatsapparate (2012).

von Institutionen, sozialen Beziehungen und Ideen gebildet und sichergestellt wird. Damit sind Staat und politisches System (Parteien, politische Eliten) keine Instanzen, die außerhalb des Kapitals stehen. Der bürgerliche Staat ist also Klassenstaat, ohne das unmittelbare Instrument einer Klasse zu sein³⁵.

Indes löste der Übergang in den postfordistischen Wettbewerbsstaat³⁶ in Verbindung mit einer Auflösung rechtsstaatlicher Bindungen des zugunsten des Finanzkapitals intervenierenden Staates eine Wende hin zu autoritären Formen des Regierens³⁷ aus, die vielgestaltig als Postdemokratie³⁸, als Postsouveränität in der Postdemokratie³⁹ oder als Post-Politik⁴⁰ verhandelt werden. Relevante Teile der politischen Dienstklasse gelten als käuflich⁴¹, während „dissidente“, Systemtransformationen debattierende und anstrebende politische Parteien bzw deren WählerInnen mittels Sperrklauselsystemen, systematischem Ausschluss aus der medialen Öffentlichkeit, der Spendenfinanzierung politischer Parteien, dem Ausschluss vom Wahlrecht (1,2 Mio Personen in Österreich 2019; ein Viertel der Bewohner Wiens durfte bei der NR-Wahl 2019 nicht wählen⁴²), Gerrymandering bzw der manipulativen Gestaltung von Wahlkreisen⁴³ an den Rand des politischen Systems gedrängt werden⁴⁴. Das aber hat Folgen.

I. Politische Einstellungen

Nicht nur dem Rechtsstaat, auch der bürgerlichen Demokratie ging es schon mal besser. 2018 wünschten sich 26% des Elektorates in Österreich einen Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss,⁴⁵ also ein autoritäres Regime bzw

³⁵ *Hirsch* (FN 26) 50 ff.

³⁶ *Hirsch*, Der nationale Wettbewerbsstaat (1996).

³⁷ *Depe*, Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand (2013).

³⁸ *Crouch*, Postdemokratie (2008).

³⁹ *Nachtwey*, Postsouveränität und Postdemokratie, in: Braun/Geisler (Hrsg), Die verstimmte Demokratie (2012) 43 ff.

⁴⁰ *Dimmel*, Post-Demokratie? Post-Politik!, in: Dimmel/Schmid (Hrsg), Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau (2018) 56 ff.

⁴¹ *Rose-Ackerman*, Politische Korruption und Demokratie, in: Borchert/Leitner/Stolz (Hrsg), Politische Korruption (2000); *Priddat*, Politik unter Einfluss (2009); *Parma/Sigg*, Die käufliche Schweiz (2011); *Palast*, The Best Democracy Money Can Buy: A Tale of Billionaires & Ballot Bandits (2016).

⁴² *Anderson*, One Person, No Vote (2018); <https://www.derstandard.at/story/2000064028438/ein-viertel-der-bewohner-wiens-darf-nicht-waehlen>.

⁴³ *Kennedy/Corriher/Root*, What ist Gerrymandering and how does it affect Voters?, in: Santos (Hrsg), Gerrymandering and Voting Disctricts (2018) 11 ff.

⁴⁴ *Priddat*, Die unmögliche Demokratie (2013).

⁴⁵ <https://www.derstandard.at/story/2000076010583/jeder-vierte-will-einen-starken-fuehrer>.

eine Diktatur. 2017 waren es noch 23% gewesen. 38% konnten sich mit einem Führer arrangieren. Nur 36% lehnten die Etablierung eines Führers ab. 2017 wünschten sich 43% zumindest einen starken Mann an der Spitze des Staates⁴⁶. Was dabei als Führerfigur fungiert divergiert je nach Milieu und ideologischen Präferenzen: das Elektorat wünscht sich einen starken Kanzler oder Diktator, starke Parteivorsitzende, eine starke Regierung und/oder starke religiöse Führer.⁴⁷

2007 – 2017 sank die Zustimmung zur Demokratie von 86% auf 78%.⁴⁸ 52% (2007: 32%) hatten 2017 das Gefühl, keinen Einfluss auf die Regierung nehmen zu können. 2018 stimmten 15% der Aussage zu, die Demokratie sei „tot“.⁴⁹ 2016 – 2019 lag der Anteil der Personen, die grundsätzlich Vertrauen in die politischen Parteien hatten, bei im Schnitt 32%; der Anteil der Personen, die generell Misstrauen gegenüber den politischen Parteien hegten, lag indes bei 63%, der Anteil der Unschlüssigen bei 5%.⁵⁰ Der SORA-Demokratie-Monitor aus 2018 zeichnete nach, dass 52% kein Vertrauen in die Bundesregierung und 47% kein Vertrauen in das Parlament haben. Vertraut wird hingegen der Polizei (75%), der Justiz (67%), der Verwaltung (60%) sowie dem Bundespräsidenten (58%). Nur noch 32% waren mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden (2007: 44%). Noch immer 62% erkannten trotz aller Kritik in der Demokratie das beste verfügbare System politischer Regierung; aber 34% präferierten eine autoritäre/illiberale Demokratie. 61% wünschten sich einen autoritären mit „law and order“ gegen „Unruhestifter“ vorgehenden Staat (2007: 53%). 10% wiesen durchgängig autoritäre bzw. antidemokratische Einstellungsmuster auf⁵¹.

10% der ÖsterreicherInnen sind manifest und 30% latent antisemitisch eingestellt; bejahen österreichweit 11% den Satz „Wenn ich jemanden kennenlerne, weiß ich nach wenigen Minuten, ob dieser Mensch Jude ist“, so sind es unter den Türkischsprachigen 41% und unter den Arabischsprachigen 43%.⁵² GFK

zufolge⁵³ nehmen 67% der Bevölkerung rassistische Einstellungen und Praktiken wahr; dies korrespondiert 58% der ImmigrantInnen, die Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erleben.

Das vorherrschende politische Sentiment ist inkonsistent: so wählten 2017 31,5% des Elektorates die ÖVP, 25,0% die FPÖ und 5,3% die NEOS⁵⁴, also Parteien, die in unterschiedlicher Akzentsetzung eine Politik des Ab- und Umbau sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Strukturen ankündigten und 2017 – 2019 auch in Bund und Ländern umsetzten (Verlängerung der Kinder- und Jugendhilfe, Leistungskürzungen Sozialhilfe, Budgetkürzungen in Behindertenhilfe, Leitungskürzung bei Familienbeihilfe und Grundversorgung, Zerstörung der Selbstverwaltung, 12 Stunden Arbeitstag). Mittelfristig offen ist in dieser Agenda noch die Zerstörung der Notstandshilfe, die ‚Aussteuerung‘ sozialer Problemgruppen sowie die versicherungsförmige Privatisierung des Pflgerisikos. Strukturell Vergleichbares kann über die Krise der Justiz⁵⁵ oder die Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesagt werden⁵⁶.

Zugleich votierten 63% des Elektorates für einen Ausbau der Rechte der ArbeitnehmerInnen und 46% für den Ausbau des Sozialstaates, weitere 49% für den Ausbau der Justiz⁵⁷. Was also vorherrscht ist ein „divided consciousness“-Phänomen, eine Inkonsistenz zwischen Einstellungen und Verhalten⁵⁸, überlagert von einer Identifikation mit dem Aggressor, welche die Illusion eigener Handlungsfähigkeit angesichts nicht (mehr) integrierbarer Desintegrationseffekte erzeugen und stabilisieren soll⁵⁹.

Diese paradoxe Zustimmung der Subalternen zu Politiken der Austerität, kommissarischer Verwaltung⁶⁰ und demokratischer Erosion hat *Regner*⁶¹ als „unbewusste Liebesbeziehung zum Folterer“ verstanden. So positionieren sich knapp 48% der WählerInnen als „links“ der Mitte, wählen aber zu 62% „rechts“,

⁴⁶ SORA, Befragung zum NS-Geschichtsbewusstsein und zu autoritären Einstellungen in Österreich (2017); <https://www.sora.at/nc/news-presse/archiv/news-einzeln-sicht/news/schon-43-fuer-starken-mann-776.html>.

⁴⁷ <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/64-der-oesterreicher-wollen-einen-starken-fuehrer/251419846>.

⁴⁸ <https://www.diepresse.com/5203856/43-prozent-der-oesterreicher-wuenschen-sich-starken-mann-an-der-staatsspitze>; Studie von SORA und dem Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung von Zeitgeschichte.

⁴⁹ <https://kurier.at/politik/inland/umfrage-oesterreicher-vertrauen-der-polizei-mehr-als-der-politik/400324302>.

⁵⁰ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/377463/umfrage/umfrage-in-oesterreich-zum-vertrauen-in-politische-parteien/>.

⁵¹ SORA Demokratie Monitor 2018.

⁵² IFES 2018; <https://www.derstandard.at/story/2000099612519/studie-zehn-prozent-manifeste-und-30-prozent-latente-antisemitische-einstellungen>.

⁵³ GFK, Integration in Österreich. Einstellungen, Orientierungen, und Erfahrungen von MigrantInnen und Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung (2009).

⁵⁴ <https://wahl17.bmi.gv.at>.

⁵⁵ https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK0416/.

⁵⁶ *Schalko*, Hände weg vom ORF, Die Zeit Nr 23/2018; <https://www.zeit.de/2018/23/oeffentlich-rechtlicher-rundfunk-orf-regierung-uebernahme-medienenquete>.

⁵⁷ SORA (FN 51).

⁵⁸ *Wegener*, Soziale Gerechtigkeit, in: Greiffenhagen/Greiffenhagen/Neller (Hrsg), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland (2002) 550 ff.

⁵⁹ *Freud*, Die Identifizierung mit dem Angreifer, in: Freud, Das Ich und die Abwehrmechanismen (1936).

⁶⁰ *Thaler*, Recht und Massengesellschaft (2010).

⁶¹ *Regner*, Unbewusste Liebesbeziehung zum Folterer? Kritik und Alternativen zu einer „Psychodynamik der traumatischen Reaktion, Zeitschrift für Politische Psychologie, Nr 1 (2000) 429 ff.

wenn man unter dem Begriff eine marktliberale, deregulierende, den Vorsorgestaat abbauende Ordnungs-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik versteht und hierzu programmatisch ÖVP, FPÖ und NEOS zusammenfasst.

Grün-WählerInnen etwa verstehen sich vergleichbar den WählerInnen der SPÖ als gemäßigte Linke (37,5 auf einer Skala von 0 = links <> 100 = rechts)⁶², vertreten aber, etwa wenn es um Fragen der Identitätspolitisch motivierten Privilegierung von Minderheiten oder Religiösen geht, rechte Positionen, welche eine bürgerlich-aufgeklärte Religionskritik als rassistisch diffamieren oder Grundrechtspositionen des bürgerlichen Gesellschaftsvertrags unter Hinweis auf postulierte Menschenrechte migrantischer Minderheiten aufgeben wollen.

Einer IMAS-Umfrage 2017 folgend positioniert sich das Elektorat überwiegend in der politischen Mitte, ordnet die Grünen mit einem Wert von 19 (0-100) als links und die FPÖ mit einem Wert von 78 als rechts. Inhaltlich wird die Mitte indes mittels neoliberaler wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Slogans indiziert, nämlich Forderungen nach einer Senkung der Lohn-, Einkommens- und Mehrwertsteuer, Familienförderung sowie austeritätspolitischen Vorstellungen von Nulldefizit und sparsamem Umgang mit Steuergeld.⁶³

Dies korrespondiert dem soziologischen Befund, dass sich, während sich die erwerbslosen Reichen (Couponschneider) arm rechnen, die erwerbstätigen Armutsgefährdeten als Mittelschicht mit entsprechenden Interessen phantasieren. Die OECD (2014) positioniert indes die Mittelschicht zwischen 70% und 150% des nach Haushalt gewichteten Einkommensmedians bzw vom 2. bis 4. Einkommensquintil. 60% des Median entspricht bekanntlich der EU-SiLC-Armutsschwelle. Damit scheiden die untersten 3 Dezile (genauer: 33%) der Haushalte mit einem Jahresbruttohaushaltseinkommen aus selbständigem und unselbständigem Erwerb von maximal 23.000 € (Wert: 2018) ebenso wie obersten 3 Dezile der Haushalte mit einem Jahresbruttoeinkommen von mehr als 55.000 € aus der Mittelschicht aus.⁶⁴ Dies wird nur geringfügig abgeschwächt, rechnet man der Mittelschicht eine Gruppe von 60 – 180% des Medians zu; dadurch würde auch

das 7. Dezil der Mittelschicht zugeschlagen und die Oberschicht bei einem Jahresbruttohaushaltseinkommen von 59.400 € beginnen (das 9. Dezil setzt bei 68.800 € ein, während das einkommensstärkste Zehntel 111.200 € brutto im Durchschnitt lukriert). Der Median in Höhe von 33.000 € rührt indes zu 96% aus Arbeit und gerade einmal 1,5% aus Vermögen. Tatsächlich besitzt das reichste 1% der Haushalte in Österreich 23% des Vermögens, die obersten 10% besitzen 56% und damit mehr als die restlichen 90% der Bevölkerung; 50% der Bevölkerung teilen sich 4% des Vermögens.⁶⁵ Trotzdem sind nur 46% – 72% je nach Umfrage für die Einführung einer Vermögenssteuer ab einem Volumen von 1 Mio netto; zwischen 21% und 40% sind strikt dagegen. Weil Vermögenssteuern in Österreich bei 0,6% des BIP liegen (OECD-Schnitt 1,9%) und dem Fiskus damit 6,3 Mrd € /p a⁶⁶ entgehen, wird der Faktor Arbeit mit 14,6% der Wirtschaftsleistung überdurchschnittlich hoch belastet (OECD-Schnitt: 9,2%). 2019 hat pointierterweise die EU-Kommission dem Gesetzgeber empfohlen, über Vermögens- und Erbschaftssteuern als einer wachstumsfreundlichen Einnahmenquelle nachzudenken.

II. Plurale, wirtschaftsliberale Einheitspartei

Eine sozial inklusive, die „brasilianisierten“ Verteilungsverhältnisse von Vermögen⁶⁷ und Einkommen radikal korrigierende Verteilungspolitik ist heute in Österreich ebenso wenig als Programm einer politischen Partei an der Macht denkbar wie eine Verstaatlichung von Banken, eine Blockierung der föderalen Subventionsverteilungsmaschine (12 Mrd Förderungen, überwiegend an Landwirtschaft und Wirtschaftsunternehmen) oder eine grundlegende Reorganisation des öffentlichen Verkehrs samt effektiver Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs. In welches Parteiprogramm und in welche mediale Präsentationsleistung politischer Parteien man auch blickt, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern kommen ebenso wenig an prominenter Stelle vor wie eine rechtsansprüchlich bewehrte armutsvermeidende Grundsicherung für Kinder, Senioren und vom Arbeitsmarkt ausgrenzte Personen. Von einem Recht auf Wohnen verknüpft mit einer sozial inklusiven Wohnungspolitik (Fehlbelegungsabgaben, Zwischenmietermodelle, Verpflichtungen zur Schaffung öffentlichen Wohnraums, Mietdeckelungen durch Wohnbeihilfensysteme und gesetzliche Obergrenzen, Sozialraumordnung usw) ist nirgendwo die Rede. Gleiches gilt für ein Recht auf Beschäftigung (in

⁶² <https://www.derstandard.at/story/2000107201201/oesterreichs-wahlberechtigte-verorten-sich-eher-links-der-mitte-waehlen-aber>.

⁶³ IMAS, Nationalratswahl 2017: Zwischen links und rechts. Die politischen Positionen in Österreich; in: IMAS Report, Nr 21 (2017); http://www.imas.at/images/imas-report/2017/21_Politische-Position.pdf; <https://www.diepresse.com/5294143/osterreicher-sehensich-selbst-in-der-mitte-und-die-bevolkerung-rechts>.

⁶⁴ https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/einkommen/Einkommen_in_Oesterreich.html.

⁶⁵ HFCS 2017; <https://awblog.at/wp-content/uploads/2019/01/awblog-190114-vermogen2.png>.

⁶⁶ <https://kontrast.at/vermogenssteuer-oesterreich-kommission-laenderbericht/>.

⁶⁷ Schürz, Überreichtum (2019).

öffentlichen Werkstätten) zugunsten arbeitsmarktfremder Personen. Im Ergebnis sind inklusive Instrumente gesellschaftlicher Solidarität ebenso wie Dimensionen eines gutes Lebens von Leuten, die ihre Lohnarbeitskraft verkaufen müssen, gar nicht oder nur am Rande Gegenstand politischer Diskurse.

Die Österreichische Nationalratswahl 2019 kann vor diesem Hintergrund zum ersten als Höhepunkt einer Entwicklung angesehen werden, die sich als sukzessives Zerschneiden der Interessenparteien und deren Ersetzung durch den Typus einer mehr oder weniger moderat marktliberalen Catch-All-Party als „Allerweltpartei“⁶⁸ und „plurale Fassung einer Einheitspartei“⁶⁹ interpretieren lässt. Die Pluralität der Parteien erweist sich damit als Scheinpluralität; denn der Parteienstaat der Integrationsparteien, zwischenzeitlich etikettieren sich auch die Grünen als „Volkspartei“⁷⁰, bewegt sich standort-, wirtschafts- und verteilungspolitisch tendenziell auf einen Einparteienstaat zu⁷¹, dessen Agenda die Schaffung und Verteidigung von Wohlstand, Freiheit und Privateigentum ist. Die politischen ‚Player‘ in diesem pluralen Einparteienstaat unterscheiden sich im Wesentlichen hinsichtlich der Reichweite, Dimensionen und Instrumente des „autoritären Etatismus“⁷² sowie der Strategien die kapitalistische Megamaschine am Laufen zu halten⁷³. Weitestgehend außer Streit steht in diesem Politikzuschnitt seit der Weltwirtschaftskrise 2008, dass Reiche (welche bei einer Besteuerung ihrer Vermögen vorgeblich ‚fliehen‘), Investoren (die vorgeblich nur investieren, wenn der Standort ‚attraktiv‘ bzw profitabel bleibt) und Banken (systemrelevant) vor den ruinösen Folgen ihres eigenen spekulativen Handelns zu retten sind⁷⁴, während zwar Gott noch nicht, aber eine Schuldenbremse beinahe schon der Verfassung eingeschrieben ist. Je nachdem wird dies mit Arbeitsplätzen, Kapitalflucht, Staatsanleihezinsen oder damit begründet, die Subalternen hätten über ihre Verhältnisse gelebt. Strukturell vergleichbare Konsense lassen sich für die Rettung/Aufrechterhaltung des Kleinfamilienmodells, von Bauern, Forstwirten, dem motorisierten Pendeln, der Massentierhaltung, dem Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft usw nachzeichnen. Politische Parteien und ihre Parlamentarier haben in Österreich

⁶⁸ Kirchheimer, Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat (1967).

⁶⁹ Agnoli, Die Transformation der Demokratie, in: Agnoli/Brückner (Hrsg), Die Transformation der Demokratie (1967) 32 ff.

⁷⁰ <https://www.diepresse.com/5699651/kogler-sehe-die-grunen-auf-dem-weg-zu-einer-volkspartei>.

⁷¹ Agnoli (FN 69) 32 ff; Narr, Parteienstaat in der BRD, in: Narr/Agnoli (Hrsg), Auf dem Weg zum Einparteienstaat (1977) 7 ff.

⁷² Kannankulam, Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas (2008).

⁷³ Scheidler, Das Ende der Megamaschine (2016).

⁷⁴ Schui, Austerität. Politik der Sparsamkeit (2014).

bislang keine relevante Debatte darüber geführt, dass die liberalsten kapitalistischen Gesellschaften Vermögen erheblich besteuern (Steuerertrag im BIP: UK – 3,7%; USA – 3,3%; Japan – 2,3%; Österreich: 0,3%). Sie haben keine relevante Debatte darüber geführt, dass Investoren ihre Investitionen auch von Rechtsstaatlichkeit, Innovationsintensität oder der politischen Stabilität abhängig machen. Sie haben nicht diskutiert, dass Banken vor und nach 2008 ihrer ökonomisch konstruktiven Funktion, nämlich Produktionszyklen vorzufinanzieren, nicht nachgekommen sind. Stattdessen haben Banken Spekulationstätigkeiten wie kreditfinanzierte Aktienkäufe ermöglicht.

Derlei erstaunt indes wenig. Bereits Poulantzas⁷⁵ hat in seiner Staatstheorie darauf verwiesen, dass kapitalistische Staaten demokratische Errungenschaften im Modus der Durchsetzung von Krisenlösungen, welche die Bedingungen der Kapitalverwertung verbessern sollen, regelhaft die Exekutive auf Kosten der Legislative stärken, korruptive Machtnetze entfalten sowie die Repressionsmechanismen und Disziplinierungsinstrumente gegenüber den subalternen Klassen ausfalten.

Zum zweiten war die NR-Wahl 2019 Höhepunkt einer Dynamik, die von Jörg Haider über Franz Vranitzky hin zu Sebastian Kurz ausgehend einer Entideologisierung, Entpolitisierung und Personalisierung der politischen Auseinandersetzung Vorschub leistet und die traditionelle, inhaltlich gepuferte Parteiidentifikation durch eine Idolatrie von Führerfiguren verdrängt. Gleichsam als Nebengeräusch mengen sich in diesen Diskurs auch sexistische Projektionen, so wenn die SPÖ-Vorsitzende Rendi-Wagner im ‚Mansplaining‘-Modus Stil-Noten und paternalistische Hinweise auf die Notwendigkeit lauten, männlichen Sprechens erhält. Wer die Wahlkampf-Slogans 2019 Revue passieren lässt (geworben wird mit: Menschlichkeit, Fairness, Heimmattreue, Sicherheit für Österreich sowie Einem der die Sprache spricht, am Boden bleibt, Stärke zeigt, auf „unsere“ Werte schaut)⁷⁶ bleibt ratlos zurück. Hier bargen Passepartoutbegriffe auf pleonastische Weise entweder Selbstverständlichkeiten, inhaltlich entleerte Container oder Virtuelles. Der/die WählerIn als KundIn hatte die Wahl zwischen Gesichtern und war/ist auf seine/ihre Affekte zurückverwiesen⁷⁷. Dementsprechend war die österreichische Wählerschaft 2019 mit einem Wechselwähleranteil von 40% so mobil und parteiunabhängig wie noch nie zuvor in der Geschichte der 2. Republik.⁷⁸

⁷⁵ Poulantzas, Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus (2002).

⁷⁶ <https://orf.at/stories/3135199/>.

⁷⁷ Haslinger, Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich² (1995).

⁷⁸ <https://www.derstandard.at/story/2000109321252/spesenaaffaere-schadete-fpoe-bei-nationalratswahl-mehr>

Überhaupt hat sich das gesamte Parteienspektrum, betrachtet man substantielle Topoi und Konfliktlinien der Budgetpolitik (Austerität), der Arbeitsmarktpolitik (Aktivierung), der Bildungs- und Wohnungspolitik (Vermarktlichung), der Sozialpolitik (Eigenvorsorge), der Daseinsvorsorge (Entstaatlichung) oder der Migrationspolitik (Selektionsmodelle), seit 1986 nach rechts bewegt, wenn man darunter völkische, nationalistische, sozialbiologische und auf Sündenbockprojektionen basierende Politikmuster versteht, welche dazu genutzt werden, finanz- und realwirtschaftliche Kapitalinteressen gegen soziale Interessen der Lohnabhängigen durchzusetzen. Zugleich haben Zahl und Art der „Cleavages“ (Spaltungslinien) innerhalb der vier Volksparteien zugenommen, sind langjährige Loyalitätsbindungen der Parteiklientelen zerbrochen, wählen selbst traditionelle Stammwähler ‚ihre‘ Partei nicht mehr. Damit verlagert sich die Parteienkonkurrenz auf Fragen des Stils, der Ästhetik und Affekte. Politik wird zu einer Frage des Trends.

III. Parlamentskulisse und autoritäre Regierung

Hellsichtig hat bereits *Agnoli*⁷⁹ gezeigt, dass sich damit auch das Parlament in eine vor- bzw antidemokratische, dem (Finanz)Kapital dienende Plattform verwandelt, die nicht mehr den Volkswillen repräsentiert, sondern die Interessen einer Wirtschaftsoligarchie, welche von staatsfinanzierten ‚Cartel Parties‘ und der darin organisierten politischen Dienstklasse, repressiven Staatsapparaten und medialen Fabrikanten des dulddenden Konsenses durchgesetzt werden. Letztere haben *Metz/Seeßlen*⁸⁰ formschön als „Blödmaschinen“ tituliert. Das Parlament verwandelt sich in eine Kulisse der Polit-Darsteller und ist als arbeitendes Parlament längst paralysiert. Denn legislative Entscheidungen werden im korruptiven Vorfeld des Lobbyings zumeist vor jeder parlamentarischen Debatte getroffen⁸¹ und vom Parlament nach intellektuell und rhetorisch weniger denn mehr anregenden Auseinandersetzungen in Beschlüsse übersetzt. Dies ist beileibe kein Resultat des Regimeshoppings in schwarz-türkis-blauen Regierungen seit 1999, sondern war bereits Gegenstand der Kritik an der Sozialpartnerschaft der 1970er-Jahre in ihrer Funktion als Nebenregierung.

Heute hält sich die Regierung in eklatanter Verletzung der regulativen Prinzipien der Demokratie ein Parlament, welches vielfältig über die Geschäfts-

als-ibiza-video.

⁷⁹ *Agnoli* (FN 69).

⁸⁰ *Metz/Seeßlen*, *Der Rechtssruck. Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels* (2018).

⁸¹ *Heins*, *Der unsichtbare Händedruck. Einwände gegen Lobbying*, in: *Leif/Speth* (Hrsg.), *Die fünfte Gewalt* (2006) 69 ff.

ordnung vermittelt wenig Einfluss auf die Exekutive (Regierung) hat.⁸² Die freie, argumentativ aufgeladene Rede und Gegenrede der nur ihrem Gewissen gegenüber verantwortlichen Abgeordneten ist längst nicht nur dem Clubzwang, sondern qua Dominanz von Regierungsvorlage und abgestimmten Initiativanträgen einer Praxis der Themenvorgabe gewichen. Das Parlament als Volksvertreter vollzieht nach, was die Regierung entschieden hat; schließt zwar außerparlamentarische Expertise nicht aus, räumt ihr aber keinen Geltungsanspruch ein. Diese Involution zu einer inhaltlich vorgeordneten, gelenkten, allenfalls über Polls („Gesundes Volksempfinden“), Umfragewerte und Sonntagsfragen, mediale Meinung und Social-Media-Blasen adjustierten Arbeitsweise des Parlaments, die noch dazu vermittelt über die Nationalratswahlordnung substantiell Bundesländer-Interessen zu berücksichtigen hat, verkörpert ihrem Wesen nach eine autoritäre Regierungsform, die allerdings von den Subalternen affirmativ getragen wird, da sie als die gewünschte starke Führung wahrgenommen wird.

Derlei Affirmation freilich gründet auf Unwissen um die Handlungsfolgen ebenso auf einer Fixation auf den Typus des Politdarstellers, der einen wesentlichen Teil der Sitze dieses Parlaments besetzt hält. Dieser Typus stimmt zwar ab, liest aber nicht, worum abgestimmt wird. Er/sie kann Meinungen wiedergeben, aber kein Ergebnis begründen. Er/sie führt vielmehr sein/ihr Sentiment auf die Stimmung ‚draußen‘, also Affekte zurück. Der Typus des Politdarsteller ist eine Medienfigur, seine/ihre Relevanz entsteht überhaupt erst im Rampenlicht der Medien, die ihre Erdung daraus bezieht, dass sie ‚echte Menschen‘ beinahe nur auf Plattformen der Identitätssimulation (Volks-, Bierzelt- und Aschermittwochfeste, Aufmärsche, Prozessionen, Wallfahrten) oder in ‚gestellten‘, durcharrangierten Situationen (Politikerbesuche in Betrieben, Schulen, Altenheimen) trifft. Hier scheint der/die PolitikerIn als „eine/r der unsere Sprache spricht“ (auch wenn er/sie inhaltlich nichts sagt). Dies stellt sicher, dass das Elektorat trotz einer ubiquitären Verunsicherung den Sozio-techniken der Pazifizierung, dem Zwang der Durchkapitalisierung des Lebens sowie der Entthematisierung sozialer Konflikte zustimmt. Damit kann die Mehrheit der Bevölkerung von den Machtzentren des Staates ferngehalten werden, bleiben klassengebundene Interessen parteilich unvertreten, kann kein utopischer Referenzhorizont entstehen.

Die sukzessive Verstaatlichung des Parteiensystems und die marktorientierte Homogenisierung

⁸² *Ssekulic/Noll*, *Die Interpellation. Das parlamentarische Kontrollrecht* (2018); <https://www.semiosis.at/2019/03/25/oesterreich-hatte-immer-schon-ein-schwaches-parlament/>.

der Positionen politischer Parteien, die Auflösung konfligierender Positionen in bloß noch rhetorisch unterschiedlich verhandelte Sachzwangskonsense ermöglicht zudem, dass sich die Führungen der Parlamentsfraktionen, also die Clubobleute im Nationalrat, eigentlich auf Regierungsebene bewegen, wie auch die Regierung direkt in die Clubs hineinregiert.

IV. Wahlkämpfe

Wahlkämpfe funktionieren vor diesem Hintergrund zunehmend wie TV-Shows, Wahlwerbung wie Waschmittelwerbung. Freilich muss das individuelle Wahlverhalten (Wechselwahl, Nichtwahl, „split-voting“, Denkzettelwahl) als Ergebnis komplexer Faktorenbündel erklärt werden. Im Kern aber wird das Wahlverhalten als Konsumverhalten organisiert, praktiziert und interpretiert⁸³. Durchaus folgerichtig werden Werbeagenturen beauftragt, Wahlkämpfe auf kommerzieller Basis zu organisieren, in denen sich Kandidaten politischer Parteien vermarkten lassen und politische Werbebotschaften platzieren können⁸⁴.

*Kadan*⁸⁵ merkte hierzu wie folgt an: „Parteien lassen sich vermarkten und verkaufen wie Waren der Konsumwelt; wie diese wollen sie zum Zugriff einladen und verbinden sich dazu mit allgemein positiv besetzten Symbolen (glückliche Familie, Kinder, Senioren, schöne Blumen, Urlaubslandschaften etc). Ihr Erscheinungsbild in seiner emotional stärksten Form ist reduziert auf die Idylle des glücklichen Verbrauchers, dem von allen Seiten eine sichere Zukunft versprochen wird.“ Zugleich freilich geht es den Integrationsparteien in der Erosionskrise des Sozialstaates darum, antietatistische Sparpolitiken mit empfindlichen Einschnitten in Lebensplanung und materielle Teilhabe als unausweichlich bzw notwendig zu ‚verkaufen‘. Die affirmative Verbindung zwischen versprochenem Statusvorteil und Einsicht in die Notwendigkeit austeritätspolitischer Maßnahmen muss damit Teil der Gouvernementalität des Elektorates werden.

Allerdings haben sich Struktur, Instrumente und Plattformen der Wahlkämpfe technisch verändert, nämlich vom Broschürenverteilen der Funktionäre über die Nutzung des Mediums „Fernsehen“ bis hin zum Einsatz neuer sozialer Medien, wobei politische Parteien eigene TV-Kanäle, Facebook-Auftritte, Blogs, Influencer-Kanäle uam nutzen. Dies erhöht einerseits die Selektionsfunktion der vierten Gewalt,

schwächt sie zugleich aber auch, weil sich aus der dezentralisierten Medialisierung des Wahlkampfes über Social Media auch eine eigenständige ‚Wirklichkeitswahrnehmung‘ der ‚Follower‘ herausbildet, die als Echokammer bzw Blase argumentativ weitgehend unbeeinflussbar ist.

Überdies werden symbolische, teils mythische oder ritualisierte Positionierungen und Aktivitäten (Bergwandern, Wallfahrten, Auftritte bei Gottes Segen für Rechtspopulisten beschwörenden Evangelikalen) in Wahlkämpfen bedeutsamer⁸⁶.

Mehr denn je formatiert das Medium „the message“: denn das Format politischer Botschaften verändert sich mit dem Zeichenlimit von Twitter, der bildlastigen Selbstvermarktungslogik von Instagram und der verkürzten durchschnittlichen Aufmerksamkeitsspanne der ‚Social Media User‘, die einer Microsoft-Canada-Studie folgend bei jener eines Goldfisches (9 Sekunden) liegt.⁸⁷ Eine Studie von „Facebook IQ“ folgend liegt die Aufmerksamkeitsspanne bei Facebook, jenem ‚Organ‘, das *HC Strache* 400.000 „Freunde“⁸⁸ ausweist, bei 1,7 Sekunden, wobei GIF’s und Videos für das Halten dieser Restaufmerksamkeit ausschlaggebend sind.

Daher ist keine Zeit mehr für ein Argument. Folgerichtig werden Wahlkämpfe mit simplifizierenden Slogans („Menschlichkeit siegt“), mit dem extensiven Einsatz griffiger Satzbausteine („Jetzt oder nie“), Wortspielen, Tafeln in TV-Debatten sowie unter permanenter Anlehnung an die Warenwelt, etwa die Kfz-Werbung, ausgetragen.

Zugleich muss der Affekt instrumentell orientierter WählerInnen adressiert werden: Wahlveranstaltungen mutieren daher zu Tombola-Veranstaltungen, auf denen man nicht nur alltägliche Gebrauchsgegenstände, sondern auch Urlaubsreisen, Autos und Einfamilienhäuser gewinnen kann.

Sinkt die Aufmerksamkeit unter zwei Sekunden, bleibt nur noch das Bild⁸⁹: der erste Bundeskanzlerkandidat, der sich in Österreich nur noch als Konterfei ohne Botschaft oder gar Namensnennung plakatieren ließ, war *Franz Vranitzky* (SPÖ) 1986; seither nimmt die Bedeutung von Bildbotschaften in Wahlkämpfen exponentiell zu. Auch diese Idolatrie der Spitzenkandidaten verstärkt die Bereitschaft, Wahlentscheidungen kurzfristig und emotionalisiert zu treffen.

⁸⁶ Voigt, Mythen, Rituale und Symbole der Politik, in: Voigt (Hrsg), Politik der Symbole – Symbole der Politik (1989) 9 ff.

⁸⁷ https://www.focus.de/finanzen/experten/pyczak/sinkende-aufmerksamkeit-sie-haben-nur-8-sekundenzeit-zu-ueberzeugen_id_7395625.html.

⁸⁸ <https://www.derstandard.at/story/2000044079645/zur-info-das-facebook-universum-des-hc-strache>.

⁸⁹ *Bernhardt/Liebhart*, Wie Bilder Wahlkampf machen (2019).

⁸³ *Greven*, Die politische Gesellschaft (1999).

⁸⁴ *Lenk*, Staatsgewalt und Gesellschaftstheorie (1980).

⁸⁵ *Kadan*, Zur Ideologiediskussion in Österreich, in: *Kadan/Pelinka* (Hrsg), Die Grundsatzprobleme der österreichischen Parteien (1979) 23 ff.

V. Zerfall politischer Milieus

Milieubasierte politische Bindungen drücken sich kaum noch in relativ stabilen Wahl- bzw Parteiorientierungen⁹⁰ aus. Ursächlich dafür ist zum ersten die Anzahl und Kontingenz konkurrierender Parteien die entweder verschwunden (*LIF, BZÖ, Stronach, Liste Jetzt, Düringer, Schnell*) sind oder autoritär reorganisiert (neue, türkise Volkspartei) werden, zum zweiten die Diffusion politisch-ideologischer Konturen politischer Parteien⁹¹ und zum dritten der Herausbildung beweglicher WählerInnen-Gruppen. Zu diesen zählten jüngere Wähler, politisch Desinteressierte, Kleinpartei-Wähler und Protestwähler vor allem in den Einkommensdezilen 2 – 6. Aus diesen beweglichen Wählergruppen entwickelten sich schrittweise materialistisch, instrumentell bzw individuell nutzenorientierte orientierte Gruppen. Deren primäres Wahlmotiv ist persönliche Wohlfahrt, soziale Absicherung und Teilhabe am Konsum, weshalb auch ihre Bereitschaft, bürgerliche Freiheiten (Grundrechte) gegen Wohlfahrtsgewinne zu tauschen, ausgeprägt ist.

Ursächlich für diese gesteigerte Beweglichkeit der Wähler war ein gesellschaftlicher Strukturwandel, der ab Mitte der 1970er-Jahre (1978 war die Zahl der Angestellten erstmal höher als jene der Arbeiter) an die Stelle relativ homogener Klassen (Arbeiterklasse : Bauern : Unternehmer) zuerst ein heterogenes Mittelschichtmilieu (Angestellte, Dienstleistungspersonal, mittlere Beamte) und ab Ende der 1980er-Jahre untere und mittlere Mittelschicht-Milieus generierte, die sich von sozialen Abstiegsprozessen bedroht fühlten oder die Erfahrung einer Lock-In-Situation machen mussten, in der sozialer Aufstieg verwehrt blieb.

Dieser Strukturwandel ging einher mit einer Säkularisierung innerhalb der ÖVP (Abnahme der Kirchenbindung; Zersetzung der christlich-sozialem Weltanschauung), einem Zerfall der Arbeitermilieus innerhalb der SPÖ, ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre begleitet vor einer Affinität zum dritten Weg (*Blair, Schröder*) sowie einem Zerfall der post-nationalsozialistischen Milieus in rechtspopulistische und rechtsradikale Strömungen.

Vester⁹² unterstreicht in diesem Kontext die Bedeutung des „instrumentellen Wahlverhaltens“, welches die Entwicklung politischer Parteien hin zu „catch-all-parties“ bzw Volksparteien und seit der

rechtspopulistisch-rechtsextremen Wende weg von den repräsentativen Demokratien hin zu totalitären, populistischen und neu-nationalistischen Regimen⁹³ vorantreibt. *Merkel/Colome*⁹⁴ wiederum verweisen auf zunehmend individualisierte Wahlentscheidungen jenseits schicht- und milieuspezifischer Interessen, orientiert am Markt- und Schauwert politischer Schausteller. Dieses situative, volatile Entscheiden erfordert kaum sozietale, sondern ausschließlich individuelle Orientierungskompetenzen, da WählerInnen das Angebot wählen, das ihnen zum individuellen Vorteil gereicht und/oder ihr Sentiment bedient. Überhaupt nimmt die Bedeutung politischer Milieus, die bislang normative Vorstellungen generiert haben, wobei Sozialisationsinstanzen, wie das Elternhaus, Arbeitswelt oder Freundeskreise und die eigene Erfahrung auf die Entwicklung von Werthaltungen und Einstellungen einwirk(t)en, ab.

VI. Wahlmotive und Wahlverhalten

Neben diesen instrumentellen, eigennützigen Momenten, spielen zunehmend emotionale, affektive Bindungen an Politdarsteller, „negative voting“ oder Denkmittel-Wahlen eine Rolle. Folgerichtig nimmt die Zahl der Unentschlossenen, der Wechselwähler, Nichtwähler und „Waverer“ zu. 2019 waren ein Monat vor Wahltermin nur 43% der WählerInnen fixiert, 30% waren unentschlossen, allerdings mit einer Tendenz, 11% schwankten zwischen zwei Parteien, 9% hatten überhaupt keine Ahnung und der Rest wollte ohnehin nicht wählen.⁹⁵ Tatsächlich sank die Wahlbeteiligung von 96% (1949) auf 75,1% (2019) und erreichte damit einen historischen Tiefstwert.⁹⁶ Alleine 2017 auf 2019 stieg die Zahl der NichtwählerInnen von 1,327 Mio auf 1,624 Mio.⁹⁷ Im Wahlverhalten spiegelt sich also nicht nur der soziale Strukturwandel der politischen Milieus sowie die Zersetzung der traditionellen Lagerbindungen⁹⁸, sondern ein schicht- und milieuspezifischer „Rea-

⁹³ Metz/Seeßlen (FN 80).

⁹⁴ *Merkel/Colome*, Of Class, Populars, Catch-All (1992).

⁹⁵ Research Affairs 2019.

⁹⁶ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/288641/umfrage/wahlbeteiligung-an-den-nationalratswahlen-in-oesterreich/>.

⁹⁷ <https://www.derstandard.at/story/2000109137596/die-waehlerstromanalyse-wie-die-stimmen-gewandert-sind>.

⁹⁸ *Ohr*, Wird das Wahlverhalten zunehmend personalisierter, oder: Ist jede Wahl anders? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung in Deutschland von 1961 bis 1998, in: Klein et al (Hrsg), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten (2000) 272 ff; *Ohr*, Langfristige Trends und ihre Folgen für das Wählerverhalten, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Nr 2: Wahlen ohne Wähler – vom Dilemma des Europaparlaments (2009) 36 ff.

⁹⁰ *Vester*, Soziale Milieus und Gesellschaftspolitik; in: *ApuZ* 2006, Nr 44 - 45, 10 ff; *Neugebauer*, Politische Milieus in Deutschland (2006).

⁹¹ *Schmid*, Parteiensystem, in: Andersen/Woyke (Hrsg), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland⁴ (2000); download: http://www.bpb.de/wissen/08618915099_248920435787947856_312,4,0,Parteiensystem.htm.htm#art4.

⁹² *Vester* (FN 90).

lisierungsschock“, dass Wählen die eigene soziale Lage nicht (mehr) sichern oder gar verbessern wird. Vor diesem Hintergrund steigt die Zahl jener, die sich für eine rechte Sprengung des repräsentativ-demokratischen Formats aussprechen.

1945 – 1983 blieb das „rechts-links“-Verhältnis beim Wahlausgang der Nationalratswahlen vor dem Hintergrund eines konkordanzdemokratischen und korporatistisch abgestützten Zweiparteiensystems relativ stabil, wobei ÖVP und SPÖ zwischen 45% und 55% Stimmenanteil schwankten. Fasst man SPÖ/Grüne/Pilz/KPÖ 2017 als linkes politisches Milieu zusammen, wobei sämtliche dieser Parteien ua auch „rechte“ Positionen vertreten haben, so ist die Linke 1983 – 2018 auf 35,6% geschrumpft und die Rechten, wobei hier auch „linke“ Positionen etwa im Bereich von Mindestpensionen oder bedarfsdeckenden Pflege-Modellen vertreten werden, auf 66,4% angewachsen.

A. Bestimmungsmomente

Wahlverhalten lässt sich über sechs Wirkungszusammenhänge erklären, nämlich zum ersten sozialstrukturell über soziale Gruppenbindungen mit hoher interpersonaler Kommunikation im Milieu⁹⁹ und daraus abgeleitete soziale Konfliktlinien. Je fraktaler allerdings die Gesellschaft in politische Milieus zerfällt, desto komplexer wird auch der Zusammenhang zwischen sozialer Lage, Interessenlage und Wahlentscheidung¹⁰⁰. Zum zweiten lässt sich das Wahlverhalten makrosoziologisch über „Cleavages“ erklären, die sich aus Konfliktachsen ergeben, etwa jener zwischen konfessionellen und säkularen Interessengruppen oder dem sozialökonomischen Gefälle zwischen Stadt und Land¹⁰¹. Ein dritter, sozialpsychologischer Ansatz knüpft an langfristig stabilen Parteibindungen an¹⁰², welche sich auch auf die Kandidaten- und Themenbewertung der wahlwerbenden Parteien überträgt¹⁰³. Ein vierter Zugang findet sich im Rational-Choice-Ansatz¹⁰⁴, wobei davon ausgegangen wird, dass Wahlentscheidungen Resultat individueller Kosten-Nutzen-Analysen sind¹⁰⁵. Ein

fünfter Ansatz misst der massenmedialen Kommunikation erhebliches Gewicht bei der Wahlentscheidung zu¹⁰⁶. Ein sechster Ansatz schließlich fokussiert auf die Personalisierung von Wahlkämpfen und Wahlentscheidungen.

Relevante Faktoren des Wahlverhaltens sind Status (Beruf, Ausbildung, Vermögen), Geschlecht, Alter, politische Bildung, Milieuzugehörigkeit und religiöse Bindung. Seit 1986 lässt sich indes eine höhere Wählermobilität mit einer wachsenden Anzahl von WechselwählerInnen („*party shifters*“), sinkenden Stammwählern, steigender „*Issue-Orientierung*“ (bestimmte Fragen bestimmten die Wahlentscheidung¹⁰⁷, „*late-deciders*“ und „*last-minute-deciders*“ nachzeichnen. Ebenso steigt der Anteil der ungültig abgegebenen Stimmen, der Wahlenthaltungen, der taktischen Stimmabgabe sowie der Proteststimmen („*negative voting*“). Traditionelle Hochburgen lösen sich daher sukzessive auf ebenso wie die relative Kohärenz von sozialökonomischen Interessen und Stimmabgabe. Im Gegenzug nimmt die Berechenbarkeit von Wahlausgängen ab.

Grundsätzlich lässt sich eine sukzessive Fragmentierung des Wahlverhaltens zwischen lokaler Ebene (Gemeinderat), föderaler Ebene (Landtag), zentralstaatlicher Ebene (Nationalrat) und supranationaler Ebene (Europäisches Parlament) erkennen, zugleich aber auch eine Zunahme der NichtwählerInnen¹⁰⁸ der WechselwählerInnen¹⁰⁹, der ProtestwählerInnen aber auch der WählerInnen extremistischer Parteien¹¹⁰.

B. Wechselwähler

Zwischenzeitig wurde der Typus des Wechselwählers, der von Wahlgang zu Wahlgang seine Parteipräferenz ändert, dominant¹¹¹. Damit in Zusammenhang steht das „*split voting*“, eine Form des taktischen Wahlverhaltens, bei dem WählerInnen je nach Vertretungskörper (Europa-, Parlaments-, Landtags- und Gemeindevertretungswahlen) jeweils unterschiedliche Parteien präferieren.

⁹⁹ *Lasarsfeld/Berelson/Gaudet*, *The People's Choice. How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign* (1944).

¹⁰⁰ *Schoen*, *Wahlsoziologie*, in: Kaina/Römmele (Hrsg), *Politische Soziologie* (2009) 181 ff (199).

¹⁰¹ *Falter/Winkler*, *Wahlgeographie und politische Ökologie*, in: Falter/Schoen (Hrsg), *Handbuch Wahlforschung* (2014) 135 ff.

¹⁰² *Campbell et al*, *The American Voter* (1960).

¹⁰³ *Schoen/Weins*, *Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten*, in: Falter/Schoen (Hrsg), *Handbuch Wahlforschung* (2014) 241 ff.

¹⁰⁴ *Dozans*, *An Economic Theory of Democracy* (1957).

¹⁰⁵ *Arzheimer/Schmitt*, *Der ökonomische Ansatz*, in: Falter/Schoen (Hrsg), *Handbuch Wahlforschung* (2014) 625 ff.

¹⁰⁶ *Kaase*, *Massenkommunikation und politischer Prozess*, in: Kaase (Hrsg), *Politische Wissenschaft und politische Ordnung* (1986) 357 ff.

¹⁰⁷ *Behnke*, *Parteineigung als Fakt oder Parteineigung durch Fakten: Der Einfluss von „Issues“ auf das Wahlverhalten*, in: *KZfSS* Nr 3 2001, 521 ff.

¹⁰⁸ *Cabarello*, *Nichtwahl*, in: Falter/Schoen (Hrsg), *Handbuch Wahlforschung* (2014) 437 ff; *Steinbrecher*, *Politische Partizipation in Deutschland* (2009).

¹⁰⁹ *Arzheimer*, *Die Wähler der extremen Rechte 1980–2002* (2008).

¹¹⁰ *Arzheimer*, *Die Wahl extremistischer Parteien*, in: Falter/Schoen (Hrsg) *Handbuch Wahlforschung* (2005) 56 ff.

¹¹¹ *Schoen*, *Wechselwahl*, in: Falter/Schoen (Hrsg), *Handbuch Wahlforschung* (2014) 489 ff.

Wechselwähler denken überwiegend „instrumentell“, dh individuell nutzenorientiert. Die Auflösung stabiler Parteipräferenzen führt zu einem Anstieg der „late deciders“, dh jener Personen, die ihre Wahlentscheidung erst wenige Tage vor der Wahl treffen. Dies spiegelt sich auch in einer Veränderung des Informationsaufnahmeverhaltens. Bedingt durch die Struktur medialer Wahlkämpfe (TV-Konfrontationen im Non-Stop-Modus) nimmt auch der Anteil der „last-minute-deciders“ zu, also derjenigen, die ihre Entscheidung in der Wahlzelle oder am Weg dorthin treffen.

In Österreich stieg der Anteil der Wechselwähler von 1979 – 1999 von 7% auf 18% auf weiter auf 40% (2019). Bei der Nationalratswahl 1999 lag der Anteil der „late deciders“ bei knapp 20%, der Anteil der „last-minute-deciders“ bei 15%. Bei der NR-Wahl 2019 ändert sich das Bild. 2006 – 2019 stieg die Zahl der ausgestellten Wahlkarten von 0,417 Mio auf 1,070 Mio (16,7% aller Stimmen). Insgesamt haben 11% wenige Tage vor der Wahl, weitere 19% zwei Wochen vor der Wahl ihre Entscheidung getroffen, wovon vor allem NEOS und Grüne profitierten¹¹².

C. Klassenungebundes Wählen

Diese Phänomene spiegeln den Zerfall des klassen- gebundenen Wählens. Es kommt zu einer drastischen Abnahme der sozialökonomischen Interessenbindung beim Wahlakt. Klassenlage, sozialer Status und Milieubindung spielen eine abnehmende Rolle. Nicht nur vermengen sich „white-collar“- (Angestellte) und „blue-collar“-Interessen (Arbeiter); auch der Anteil der Arbeitnehmer, die in parteipolitischer Hinsicht Arbeitgeber-Positionen vertreten, nimmt zu.

Die Arbeiterschaft wählte in Österreich 1979 zu 4% die FPÖ, 1999 zu 47% (2002 kam es allerdings zu einem erheblichen Rückgang auf 32%). Gegen- gleich sank ihre Zustimmung zur SPÖ von 65% auf 35% (1979 – 1999). 2019 wählten ArbeiterInnen zu 48% die FPÖ und zu 21% die ÖVP, zu 23% die SPÖ. Angestellte wählten zu 34% ÖVP, 20% SPÖ, 10% FPÖ, zu 14% Grüne und zu 9% NEOS. Nur 20% der Erwerbstätigen wählten überhaupt SPÖ; sie wählten vielmehr zu 62% Parteien der Arbeitgeber, nämlich ÖVP (34%), FPÖ (19%) und NEOS (9%)¹¹³.

Österreich kennt also kein „blue-collar“-Wahlverhalten (Arbeiterklasse wählt SPÖ) mehr. Innerhalb der Gruppe der Lohnabhängigen entstanden vielmehr Konflikte zwischen geschützten und ungeschützten

Sektoren (etwa ablesbar an der Wirksamkeit von Kampagnen gegen die Beamten oder die verstaatlichte Industrie). Darüber hinaus kam es auch zu geschlechts- und generationsspezifischen Neuformierungen (*gender-gap*) des Wahlverhaltens; Fraueninteressen werden teilweise quer zu sozialökonomischen Interessenlagen, aber auch zu den Parteien organisiert (die Frauenvolksbegehren 1997 und 2016 waren ein Ausdruck dafür), wengleich auch hier die Bereitschaft der Subalternen, ihre eigenen Interessen zu vertreten, mit je 640.000 und 481.000 Stimmen gering ausgeprägt war.

Das elektorale Verhalten ist also langfristig in Bewegung. Nicht nur verloren die politischen Lager (Blöcke) bis 1999 kontinuierlich an Wählerstimmen. Indes konnte die ÖVP 2002 mit 42%, 2017 mit 31,5% und 2019 mit 37,5% an frühere Dominanzansprüche anschließen, während die SPÖ seit 1979 unentwegt an Zustimmung verliert (51,0% auf 21,2%). Indes wurden die langfristigen Parteibindungen der WählerInnen schwächer. Feste Zuordnungen (Blöcke, Lager, langfristige Koalitionen) zwischen sozialen Großgruppen und Parteien, die bis 1983 Grundlage für Stabilität des Parteiensystems waren, sind zerbrochen.

VII. Ausblick: Politik Macht Bilder

Massenmediale, zwischenzeitlich überwiegend bild- basierte Kommunikationen werden, überlagert vom ‚Social-Media-Complex‘, auch weiterhin wachsenden Einfluss auf Wahlentscheidungen¹¹⁴ haben. Ihre Funktion liegt in der Herstellung kultureller bzw ideologischer Hegemonie, nämlich einerseits in der Fixation auf Polit-Darsteller als vorbildhafte Heroen, Leitfiguren oder Führer, andererseits in der Durchsetzung affirmativer Einstellungen gegenüber kapitalistischen Kerninstitutionen wie dem Markt oder dem Privateigentum¹¹⁵. Medien üben Hall’s¹¹⁶ „Encoding/Decoding-Model“ zufolge hegemoniale Macht über kommunikative Inhalte und kulturelle bzw politische Codes aus. Politische Produkte (KandidatInnen) werden nach Regeln codiert, die Macht- beziehungen reproduzieren¹¹⁷. Medien und ihre Bil-

¹¹⁴ Kaase (FN 106).

¹¹⁵ Chomsky, *Necessary Illusions. Thought Control in Democratic Societies* (1989); Erdmann, *Hegemonie*; in: MedienKulturWiki (2008); <http://www.leuphana.de/medienkulturwiki/medienkulturwiki2/index.php?oldid=399>.

¹¹⁶ Hall, *Kodieren/Dekodieren*, in: Bromley/Göttlich/Winter (Hrsg), *Cultural Studies* (1999) 92 ff.

¹¹⁷ Demirovic, *Regulation und Hegemonie: Intellektuelle, Wissenspraktiken und Akkumulation*, in: Demirovic/Krebs/Sablowski (Hrsg), *Hegemonie und Staat: Kapitalistische Regulationen als Projekt und Prozess* (1992) 128 ff.

¹¹² Zandonella/Perlot, *Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse* (2019); https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2019_NRW_Grafiken-Wahltagsbefragung.pdf.

¹¹³ Zandonella/Perlot (FN 112).

der konstruieren also den politischen Konsens¹¹⁸ und damit auch das Wahlverhalten.

Ebenso wie Massenmedien üben Social Media herrschaftliche Funktionen aus.¹¹⁹ Sie produzieren „Volksmeinungen“ als „veröffentlichte Meinung“ (Manufacturing Consent)¹²⁰, bestimmen das „Agenda-Setting“¹²¹, bewerten Politiker durch „Rankings“ oder „Priming“¹²². Sie erzwingen die Fernsehdebatte als sinnentleertes, reiteratives Dauerformat¹²³, in dessen Inszenierung nicht Inhalte, sondern die „unpolitischen Eigenschaften“¹²⁴ von KandidatInnen ausschlaggebend sind¹²⁵. Im Regime ästhetisierter Visualisierungen¹²⁶ gewinnt die Wahl, wer bei der TV-„Elefantenrunde“ nicht schwitzt, nicht unvorteilhaft gekleidet ist und beim richtigen Friseur war. Punkte macht, wer seine Botschaft holzschnittartig vereinfachen kann¹²⁷, Vertrauen in eine abstrakte Tatkraft erweckt¹²⁸ und sich ‚pragma-

tisch‘ von „großen Erzählungen der Politik“¹²⁹ verabschiedet. *Leif*¹³⁰ beschreibt diese Rolle der Medien im politischen Prozess als „Macht ohne Verantwortung“, *Meyer*¹³¹ als Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem.

Realiter ist die mediale Inszenierung politischer Performance seitens der politischen Dienstklasse kaum (noch) steuerbar¹³², was rechtspopulistisch-rechts-extreme Parteien dazu inspiriert, einerseits die Ausübung der Pressefreiheit investigativer JournalistInnen zu beschneiden, freie Berichterstattung als „Fake“ zu bekämpfen und stattdessen ‚kontrollierte Botschaften‘ medial abzusetzen, zugleich aber auch Social Media als politische Plattform und Echokammer für ihre ‚Follower‘ zu nutzen. Politik-Berater und Spin-Doktoren fungieren zunehmend als Medienberater¹³³ wie auch die bestellten Politikerklärer in Rundfunk und Fernsehen ExpertInnen der Form, aber Dilettanten des Inhalts sind.

Eben diese Form einer paradox entpolitisierten politischen Öffentlichkeit, in der die öffentliche Meinung als ästhetisierte Ware die politische Position ersetzt¹³⁴ muss Ausgangspunkt jeder Debatte um die Möglichkeit einer Repolitisierung und eine Redemokratisierung der repräsentativen Demokratie sein.

Korrespondenz: Univ.-Prof. DDr. Nikolaus Dimmel, Innosozial, Bergstraße 22/1, A-5020 Salzburg; Fachbereich Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität Salzburg, Churfürststraße 1, A-5020 Salzburg; Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie, Kultur- und Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Salzburg, Rudolfskai 42, A-5020 Salzburg; nikolausdimmel@icloud.com; nikolausdimmel@me.com

¹¹⁸ Oy, Wir müssen reden. Kommunikation und Macht – ein gar nicht so ungleiches Paar, in: Kommunikation@Gesellschaft (2000) 7; http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B4_2000_oy.pdf.

¹¹⁹ <https://medium.com/the-mission/the-hidden-dangers-of-the-social-media-industrial-complex-b4f31b76ef4b>.

¹²⁰ Chomsky/Herman, Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media (1988).

¹²¹ Brettschneider/Rettich, Medieneinflüsse auf das Wahlverhalten, in: Falter/Gabriel/Weßels (Hrsg), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002 (2005) 157 ff.

¹²² Schoen, Der Kanzler, zwei Sommerthemen und ein Foto-Finish. Priming-Effekte bei der Bundestagswahl 2002, in: Brettschneider/Deth/Roller (Hrsg), Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes (2004) 23 ff.

¹²³ Klein/Rosar, Wirkungen des TV-Duells im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 auf die Wahlentscheidung. Eine empirische Analyse unter besonderer Berücksichtigung von Medieneinflüssen auf die Siegerwahrnehmung und subjektiven Erwartungshaltungen an die Debattenperformance der Kandidaten, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2007 Nr 59, 81 ff.

¹²⁴ Klein/Ohr, Gerhard oder Helmut?: „Unpolitische“ Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998, Politische Vierteljahresschrift 2000, Nr 4, 199 ff.

¹²⁵ Brettschneider (FN 121).

¹²⁶ Knieper, Visuelle Wahlkampfkommunikation (2004).

¹²⁷ Rosumek/Ackermann, Die Kanzler und die Medien (2007) 285 ff.

¹²⁸ Sarcinelli, Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System (2008).

¹²⁹ Kriechbaumer, Die großen Erzählungen der Politik (2001).

¹³⁰ Leif, Macht ohne Verantwortung. Das wuchernde Interesse der Medien und das Desinteresse der Gesellschaft, APuZ 2001, Nr 41 – 42, 5 ff.

¹³¹ Meyer, Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem (2001).

¹³² Meyer/Ontrup/Schicha, Die Inszenierung des Politischen. Zur Theatralität von Mediendiskursen (2000) 24 ff.

¹³³ Falk/Römmele, Der Markt für Politikberatung (2009) 54 ff.

¹³⁴ Habermass, Strukturwandel der Öffentlichkeit (1962).